

Zusammenfassung des 9. Forums Zahlungsverkehr am 20. November 2020

in Form einer Videokonferenz

Teilnehmer

Herr Balz Deutsche Bundesbank (Vorsitz)

Anbieterseite:

Herr Dr. Martin Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR)
Herr Arnoldt

Herr Krautscheid Bundesverband deutscher Banken e.V. (Bankenverband)
Herr Dr. Beyritz

Herr Dr. Schmalzl Deutscher Sparkassen- und Giroverband (DSGV)
Herr Weiß

Herr Baur Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands e.V. (VöB)
Herr Dr. Fürstenau

Frau Loup-Würdemann Bundesverband der Zahlungs- und E-Geld-Institute (bvzi)

Herr Hackl Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM)

Nachfragerseite:

Frau Deisemann Verband Deutscher Treasurer e.V. (VDT)

Herr Christiansen Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)
Kompetenzzentrum für das Kassen- und Rechnungswesen des Bundes (KKR)

Frau Dr. Lohmann Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV)
Frau Janik Bundesverband E-Commerce und Versandhandel Deutschland e.V. (bevh)

Herr Binnebösel Handelsverband Deutschland (HDE)
Herr Zeitz Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (vzbv)

Beobachter:

Frau Holin Bundeskartellamt (BKartA)

Herr Rieg Bundesministerium der Finanzen (BMF)

Herr Friedrich Bundesministerium der Finanzen (BMF)

Herr Obermüller Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)

Herr Paetz Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)

Weitere Teilnehmer:

Herr Schrade Deutsche Bundesbank

Frau Dr. Winter Deutsche Bundesbank

Herr Korella Deutsche Bundesbank

TOP 1 und 2: Begrüßung und Abstimmung der Tagesordnung

Die Teilnehmer verabschiedeten die Agenda der Sitzung. Das Protokoll der vergangenen Sitzung war nach schriftlicher Abstimmung auf der Bundesbank-Website veröffentlicht worden.

TOP 3: Corona-Pandemie und Zahlungsverkehr: Aktuelle Entwicklungen

Der Vorsitzende erläuterte einleitend, dass infolge der Corona-Pandemie viele Prozesse digitalisiert wurden und sich das infolge der Corona-Pandemie veränderte Zahlungsverhalten tendenziell verstetigen würde. Vertiefende Erkenntnisse werde eine Corona-Sonderstudie im Rahmen der regelmäßigen Studien der Bundesbank zum Zahlungsverhalten liefern. Mit Ergebnissen, inklusive Marktanteilen der Zahlungsmittel, sei um den Jahreswechsel zu rechnen.¹

Ein Vertreter des BVR führte als Federführer für die Deutsche Kreditwirtschaft (DK) aus, dass die Zahlungsverkehrssysteme in der Pandemie zuverlässig gelaufen seien. Das Bezahlen per Kontaktlos-Karte habe bereits vor der Pandemie stark an Beliebtheit gewonnen und durch Corona weitere Zuwächse erzielt. Inzwischen seien bereits ca. 680.000 Terminals umgestellt und kontaktlosfähig bis zu einer Betragssumme von 50€².

Auch der Vertreter des HDE berichtete von stark gestiegenen Kartenzahlungen. Hierzu trügen u.a. die Aufforderungen zum bargeldlosen (kontaktlosen) Bezahlen durch den Handel, sowie die Aufrüstung vieler Händler mit Kartenakzeptanzgeräten bei. Die Nutzung des elektronischen Lastschriftverfahrens sei hingegen rückläufig.

Der Vertreter des vzbv stellte die freie Wahl des Zahlungsmittels als für den Verbraucher als zentral heraus. Die Wahlfreiheit sei gefährdet, falls zukünftig die Barzahlung nicht mehr an allen Stellen möglich sei. Bargeld solle vor dem Hintergrund der Pandemie gestärkt werden.

Der KKR-Vertreter berichtete, dass der Zahlungsverkehr der öffentlichen Kassen bereits vor Corona digitalisiert war und in der Pandemie normal und sicher weiterlief.

Der BITKOM-Vertreter berichtete von eigenen Befragungsergebnissen, die insbesondere auch Zuwächse beim mobilen Bezahlen zeigten. Auch gebe es eine Verschiebung der Umsätze hin zum E-Commerce.

Hinsichtlich des allgemeinen Trends zum E-Commerce führte der Vertreter des DSGVO aus, dass insbesondere Lastschrift und Überweisung (im Rahmen eines Kaufs auf Rechnung) als Zahlungsmittel profitiert hätten. Giro pay hingegen wachse stärker als paydirekt, allerdings weniger als der Gesamtmarkt.

Der HDE-Vertreter ergänzte, dass es einen allgemeinen Trend zu „remote payments“ gebe, dies gelte sowohl für das Online-Shopping, aber auch für das „kassenlose Einkaufen“ in einer wachsenden Zahl von Pilotprojekten großer Einzelhändler. Eine onlinefähige Bezahlösung der DK sei hier vonnöten.

¹ Hinweis: Die Ergebnisse wurden zwischenzeitlich auf der Webseite der Bundesbank veröffentlicht (Zahlungsverhalten in Deutschland 2020 v. 14.1.2021)

² Hinweis: Zur Entwicklung der Girocard-Nutzung in Deutschland vgl. www.girocard.eu, Pressemitteilung vom 09.02.2021

TOP 4: Europäische Zahlungsverkehrsstrategie der Europäischen Kommission

Der Vorsitzende gab zum Einstieg einen Überblick über die Retail Payment Strategy der EU-Kommission als Teil eines umfangreichen Maßnahmenpakets (sog. „Digital Finance Package“). So sehe die Kommission SEPA Instant Payments als „New Normal“. Neben einer Reihe weiterer Maßnahmen gebe es Überlegungen hinsichtlich einer möglichen Verpflichtung aller (relevanten) Zahlungsdienstleister, Instant Payments anzubieten. Neben dem rechtlichen Rahmen solle auch die technische Infrastruktur verbessert werden. Explizit begrüße die Strategie die Arbeiten des European Retail Payments Board zur Standardisierung und Nutzung von Instant Payment basierten Lösungen an Ladenkasse und im e-Commerce. Open Finance als Weiterentwicklung von Open Banking solle in Verbindung mit elektronischen Identitäten und einer angepassten Aufsicht für das Zahlungsverkehrs-Ökosystem helfen, zukunftssträchtige, innovative und wettbewerbsfähige Finanzdienstleistungen für Europa zu entwickeln. Der Vorsitzende betonte, dass die Bundesbank sowie das Eurosystem die Bestrebungen der EU-Kommission unterstützten. Der Beitrag des Gesetzgebers sei außerdem essentiell, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen allen Anbietern im Zahlungsverkehrsmarkt zu schaffen.

Ein Vertreter des BVR erklärte, dass die Strategie aus Sicht der DK als Bestandsaufnahme gut in die aktuellen Diskussionen passe. Instant Payments sehe man als zukunftsfähige und wichtige Infrastruktur, ein regulatorischer Zwang zur Nutzung werde aber abgelehnt. Zum Thema Open Finance betonte er, dass dies keine Einbahnstraße sein dürfe und sich andere Wirtschaftssektoren(z.B. Telekommunikation, Energie) im Rahmen ihrer Infrastrukturen ebenfalls öffnen müssten. Generell seien marktgetriebene Innovationen regulatorisch induzierten Innovationen vorzuziehen.

Ein Vertreter des DSGV ergänzte, man benötige Wettbewerb im System, gleichzeitig aber auch Wettbewerbsfähigkeit gegenüber außereuropäischen Akteuren. Darüber hinaus sehe der DSGV auch im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr keinen Regulierungsbedarf.

Auch der HDE-Vertreter begrüßte die Strategie. Wichtig sei, dass für die Nutzung der Instant Payments Infrastrukturen keine hohen Gebühren erhoben würden. Eine Regulierung von Instant Payments durch den Gesetzgeber sei zu erwarten.

Der vzbv-Vertreter begrüßte die Strategie und die Förderung von Instant Payments, wobei für die Nutzung durch die Verbraucherseite die Entgelte entscheidend seien. Begrüßt wurde auch, dass die Kommission Maßnahmen bzgl. der Sicherung eines Zugang zu Bargeld prüfe.

Die Vertreterin des VDT begrüßte die Strategie ebenfalls, da sie einen klaren Fokus in Richtung Digitalisierung lege. Wichtig seien aus Treasury-Sicht hinsichtlich einer anzustrebenden breiten Nutzung von Instant Payments v.a. folgende Punkte: Gebühren, Betragsgrenzen (ggf. müssten diese erhöht werden), grenzüberschreitende Interoperabilität und Erreichbarkeit.

Der Vertreter des BITKOM äußerte ebenfalls Zustimmung zur Strategie, insbesondere hinsichtlich der Etablierung von Instant Payments als „New Normal“ und der Förderung offener Schnittstellen und der Schaffung gemeinsamer europäischer Zahlungslösungen.

Der KKR-Vertreter ergänzte, dass der Umbau hin zu Instant Payments Zeit benötige und die Vorteile der neuen Infrastrukturen sich erst in den nächsten Jahren zeigen würden. Hinsichtlich Instant Payments sei Verlässlichkeit essentiell.

Ein Vertreter des DSGVO ergänzte abschließend, dass Instant Payments infolge der in Vorbereitung befindlicher Request-to-Pay Dienste und auch weiterer Fortschritte in der EPI-Initiative auch ohne gesetzliche Verpflichtungen weiter an Verbreitung zunehmen würden.

TOP 5: Digitaler Euro

Der Vorsitzende stellte den aktuellen Stand der Diskussion im Eurosystem dar. Digitales Zentralbankgeld sei eine dritte Form von Zentralbankgeld, das neben Bargeld und den Kontoguthaben von Banken bei der Zentralbank herausgegeben werden könnte. Dies könne entweder an jedermann als direkte Forderung ggü. der Zentralbank erfolgen (Retail CBDC). Alternativ wäre eine Ausgabe an einen begrenzten Nutzerkreis, insbesondere Banken, denkbar (sogenannte „Wholesale CBDC“). Zurzeit fokussiere sich die Diskussion auf erstere Variante (Retail CBDC).

Im Eurosystem würden seit Beginn des Jahres insbesondere die möglichen Auswirkungen auf Geldpolitik, Finanzstabilität sowie den Zahlungsverkehr im Euroraum untersucht, welche stark von der Ausgestaltung abhingen. Der Vorsitzende wies auf den am 2. Oktober 2020 erschienenen EZB-Bericht zum digitalen Euro und die laufende öffentliche Konsultation hin³. Außerdem werde eine Phase technischer Experimente im Eurosystem eingeleitet. Die Entscheidung über den Start eines Projekts, das zunächst die Machbarkeit eines digitalen Euros untersuchen würde, werde im EZB-Rat Mitte 2021 getroffen. Der Vorsitzende betonte, dass unabhängig vom Fortgang der weiteren Diskussionen weder Bargeld abgeschafft noch der Privatsektor verdrängt werden solle.

Ein Vertreter des BVR begrüßte, dass sich das Eurosystem an die Spitze der laufenden Diskussionen setze. Auch im B2B-Bereich gebe es Anwendungsfälle für programmierbares Geld. In der DK gebe es große Bereitschaft, sich in die Diskussionen einzubringen. Ein Miteinander aus Karten, Instant Payments und digitalem Zentralbankgeld sei denkbar und den Verbrauchern vertraute Lösungen könnten und sollten integriert werden. Wichtig sei allerdings in jedem Fall, dass die Kreditvergabe der Banken nicht eingeschränkt werde.

Auch der DSGVO begrüßte die Positionierung des Eurosystems. Die Ausgestaltung eines möglichen digitalen Euros solle aber klar nach dem Bedarf ausgerichtet sein. So gebe es Nachfrage im Wholesale-Bereich und für Kleinstbetragszahlungen (Micro Payments). Auch ein Vertreter des Bankenverbandes führte aus, dass ein Bedarf für programmierbares Geld, insbesondere auch für Anwendungen in der Industrie vorhanden sei. Vonnöten sei in diesem Kontext Standardisierung, v.a. bei Kleinstbetragszahlungen und Pay-per-Use Modellen z.B. in der Industrie. Andernfalls würden möglicherweise privatwirtschaftliche Lösungen wie Libra einspringen.

Gerade vor dem Hintergrund des möglichen Markteintritts außereuropäischer Wettbewerber wie Libra unterstrich der HDE die große Bedeutung eigener europäischer Lösungen. Ein digitaler Euro böte

³ Hinweis: Das Ergebnis der Konsultation hat die EZB zwischenzeitlich veröffentlicht (siehe EZB-Pressemitteilung vom 14.04.21: ECB publishes the results of the public consultation on a digital euro)

entsprechende Chancen, sodass die laufenden Arbeiten hinsichtlich möglicher Nutzungsfälle zu begrüßen seien.

Der Vertreter des vzbv sah durch einen digitalen Euro die Chance, die Vorteile des Bargelds in der digitalen Welt widerzuspiegeln und z.B. anonyme und sichere Zahlungen im Online-Kontext zu ermöglichen.

Der Vertreter des BMJV hinterfragte den Bedarf nach einem digitalen Euro für Konsumenten und betonte mögliche Risiken durch den digitalen Euro, der z.B. als ein Schritt zur Abschaffung des Bargelds interpretiert werden könnte.

TOP 6: Ausblick auf die kommende Sitzung des ERPB⁴

Diskutiert wurden die Themen der Agenda der bevorstehenden Sitzung des Euro Retail Payments Board (ERPB) am 26. November 2020.

Instant Payments

Ein Bundesbank-Vertreter berichtete zum aktuellen Stand der Arbeiten bei Instant Payments. So würden Instant Payment im Euroraum Fuß fassen und die passive Erreichbarkeit anhand der Anzahl erreichbarer Konten sei insgesamt zufriedenstellend. Die aktive Nutzung in Europa (einschließlich Deutschland) sei jedoch bis auf wenige Ausnahmen noch relativ gering. Außerdem werde die ERPB-Arbeitsgruppe für Instant Payments am Point-of-Interaction ihren umfassenden Bericht präsentieren.

Ein Vertreter des BVR kritisierte Überlegungen hinsichtlich einer Verpflichtung zum Angebot von Instant Payments, da der Kunde entscheiden solle, ob er Bedarf an Instant Payments Diensten habe. Der DSGVO Vertreter ergänzte, dass man eine europaweite Annahmepflicht für Instant Payments unterstützen könne, um die europaweite Erreichbarkeit sicherzustellen.

Eine Vertreterin des GDV führte aus, dass der GDV die Bemühungen der Europäischen Kommission zur Verbreitung von Instant Payments als „new normal“ vollumfänglich unterstütze. Es hierfür aber noch drei vorrangige Defizite gebe: 1) Die Erreichbarkeit sei nicht ausreichend, sodass Instant Payments für die Versicherungswirtschaft weiterhin nicht für einen massenhaften Einsatz geeignet seien, 2) die Instant-Zahlung begleitende Mehrwertdienste, wie z.B. flächendeckende sofortige Benachrichtigungen (Notifications) seien vonnöten, 3) die aktuellen Gebührenstrukturen stünden einer Verbreitung von Instant Payments im Wege.

Hinsichtlich der für Instant Payments teilweise erhobenen Gebühren erläuterte der DSGVO-Vertreter abschließend, dass diese durch hohe Investitionen und laufende Betriebskosten für Instant Payments bedingt seien.

SEPA API Scheme

Ein Bundesbank-Vertreter führte aus, dass eine Fortführung der Arbeiten einer Arbeitsgruppe für ein SEPA API Scheme auf der Agenda stehe. Grundidee sei weiterhin, ein Rahmenwerk für

⁴ Die Sitzungsdokumente sowie das Statement des ERPB werden auf der Website der EZB eingestellt: <https://www.ecb.europa.eu/paym/retpaym/euro/html/index.en.html>

standardisierte, über den Umfang der PSD2 hinausgehende und per API-Schnittstelle zugängliche Dienste einzurichten. Nachdem die Arbeiten pausierten, hatte im Herbst 2020 ein informeller Workstream von Freiwilligen die Grundlagen dafür gelegt, die Arbeitsgruppe wieder aufleben zu lassen. Der Bundesbank-Vertreter betonte, dass es um Leistungen gehe, die über die PSD II hinausreichen und entsprechend als „value add“-Geschäftsfälle zu betrachten seien.

Der Vertreter des BVR betonte die Bereitschaft und Wichtigkeit, eine entsprechende Bereitstellung von Mehrwertdiensten zu ermöglichen. Der HDE-Vertreter begrüßte den positiven Austausch mit der DK zur Thematik und sah Möglichkeiten zur Bereitstellung von zahlungsbegleitenden Informationen. Auch der BITKOM-Vertreter begrüßte die Arbeiten als Schritt hin zu wichtigen Standards für digitale Ökosysteme.

Weitere Arbeiten des ERPB

Auch ein möglicher Arbeitsstrang zum Thema „Access to cash“ bzw. Zugang zu Bargeld wird vom ERPB erwogen. Vertreter von BVR und DSGVO sahen den deutschen Markt sowohl auf Unternehmens- als auch Verbraucherebene zurzeit gut aufgestellt. Auch werde das Thema seit längerem in einer EPC Arbeitsgruppe auch auf europäischer Ebene behandelt.

Der vzbv-Vertreter regte allerdings an, die Diskussion auf europäischer Ebene aufzunehmen, um u.a. von den Erfahrungen anderer Länder mit bereits deutlich stärker gesunkener Bargeldnutzung wie z.B. Schweden zu lernen.

TOP 7: Sonstiges

Der Vorsitzende griff das Thema eID auf. Anfang 2021 solle der Arbeitskreis eID sich erneut zusammenfinden, um die aktuellen Entwicklungen zum Thema eID zu erörtern.

Aus dem Teilnehmerkreis wurde das Thema der Umsetzung der Standards zur Starken Kundenauthentifizierung bei Zahlungen im Internet aufgebracht, wo es europaweit einen sehr unterschiedlichen Umsetzungsstand gebe. Ein BMF Vertreter ergänzte, dass es auf europäischer Ebene Bemühungen für einen harmonisierten Ansatz gebe, die Erfolgsaussichten aber gering wären.

Zum Abschluss der Sitzung wurde auf die hochkarätig besetzte Konferenz „Future of Payments in Europe“ der Bundesbank am 27. November 2020 hingewiesen.⁵

Die nächsten Sitzungen des Forums Zahlungsverkehr werden wie gewohnt im Vorfeld des ERPB im Juni und November 2021 stattfinden. Eine Terminankündigung wird baldmöglichst versendet.

⁵ Die Beiträge der Konferenz sind weiterhin über die Website der Bundesbank abrufbar: <https://www.bundesbank.de/en/service/media-library/videos/virtual-conference-future-of-payments-in-europe--850358>